



*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



## Politische Anträge und Beschlüsse

(

---

Antrag 1 - NGG: Nachhaltige Lebensmittelpolitik in Europa fördern und gestalten

Antrag 2 - NGG: Populismus und Rechtsruck in Europa bekämpfen

Antrag 3 - NGG: Fluchtursachen bekämpfen, gerechtere Lastenverteilung der Migration in Europa

Antrag 4 - NGG: Internationale Mitbestimmung: Europäische Betriebsräte stärken

Antrag 5 - Nordische Mitgliedsorganisationen: Verfahrensordnung und Mandat an EFFAT bezüglich länderübergreifender Betriebsvereinbarungen

Antrag 6 - EFFAT Frauenausschuss: Stärkung des Hausangestelltensektors in EFFAT

Antrag 7 - Nordische Region: Zur Rettung unseres Planeten: Gerechter Klimaübergang in der Lebensmittelversorgungskette vom Hof bis auf den Teller.

Antrag 8 – Jugendausschuss

Antrag 9 - Kommunal: Ein gleichwertiges Arbeitsleben!

Antrag 10-EFFAT-Budgets 2020-2021

Antrag 11 – CAP

Antrag 12 - Der Mensch vor dem Profit

Antrag 13 – Demokratische Zukunft von Hong Kong





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



## **Antrag 1 - NGG: Nachhaltige Lebensmittelpolitik in Europa fördern und gestalten**

EFFAT fordert von der Europäischen Kommission eine Ausarbeitung einer umfassenden Lebensmittelpolitik in der EU mit dem Ziel, gesunde Ernährungsgewohnheiten aus einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion zu gewährleisten. Ziel muss es sein, Menschen mit guten und sicheren Lebensmitteln zu versorgen, die Belange der Beschäftigten entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu berücksichtigen sowie gute und sichere Arbeitsplätze in Europa zu erhalten und zu schaffen. Eine umfassende Lebensmittelpolitik hat neben der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit auch den Umweltschutz und damit eine nachhaltige und ökologisch sinnvolle Landwirtschaft im Blick. Sie sollte den grundlegenden Wert von Nahrung und Lebensmitteln vermitteln und Ernährungskonzepte fördern, die auf eine gesunde Ernährung der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet sind. Für Verbraucherinnen und Verbraucher muss es möglich sein, auf sichere und sozial nachhaltig produzierte Lebensmittel einfach zugreifen zu können.

In ökonomischer Hinsicht gilt die Ernährungspolitik der letzten 60 Jahre in weiten Teilen Europas einerseits als Erfolg. Lebensmittel sind für die Mehrheit der Bevölkerung jederzeit verfügbar und der durchschnittliche Anteil der Ausgaben von privaten Haushalten für Lebensmittel in der EU ist von 30 % auf 15 % gesunken. Neben dem Anstieg der Einkommen liegt dies auch an gesunkenen Verbraucherpreisen. Andererseits ist unsicher, ob die Lebensmittelpreise die tatsächlichen Produktionskosten umfassend widerspiegeln. So weisen zum Beispiel Studien der FAO (UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation) darauf hin, dass nicht alle Kosten der Landwirtschaft Berücksichtigung finden. Eine ökonomisch faire und nachhaltige Lebensmittelpolitik muss daher eine größere Transparenz der Kosten gewährleisten. Durch eine Darstellung der Versorgungsströme ließen sich zudem länderübergreifende Verhandlungen und die Zusammenarbeit der Mitgliedsgewerkschaften besser organisieren.

Der internationale Wettbewerb in der Ernährungsindustrie hat zugenommen und erzeugt in der Lebensmittelversorgungskette ein Ungleichgewicht der Kräfte z.B. zwischen Produzenten und dem Handel. Es gibt in erster Linie zwei Gewinner dieser Politik: die multinationalen Konzerne und Teile des europäischen Lebensmitteleinzelhandels. Der strategische Kurs der Lebensmittelkonzerne wird maßgeblich durch eine Kurzfristökonomie beeinflusst. Sie haben in erster Linie ihre Aktionäre, potenzielle Investoren und Analysten im Blick. Der Renditemaximierung wird oberste Priorität eingeräumt. Diese Handlungslogik geht dabei oftmals zu Lasten der Beschäftigten und der Investitionsbereitschaft. EFFAT spricht sich gegen finanzmarktgetriebene Renditeziele aus. Gute Renditen sollten das Ergebnis nachhaltigen Wirtschaftens sein, nicht ihr Antrieb.

Der Wettbewerb des Lebensmitteleinzelhandels wird in Teilen Europas stark über die Verbraucherpreise geführt. Der Lebensmitteleinzelhandel übt dabei Druck auf die Produktionsbetriebe und damit auf die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Beschäftigten aus. Zudem befördern sinkende Preise und eine Tendenz zur Überproduktion die Lebensmittelverschwendung. Während Verbraucherinnen und Verbraucher in den sogenannten Entwicklungsländern der Welt schätzungsweise 8 % der Lebensmittel verschwenden, ist dies in der EU bei ungefähr einem Drittel der eingekauften Lebensmittel der Fall. Nach Schätzungen des von der EU finanzierten Projekts „Fusions“, werden in der EU jährlich 88 Millionen Tonnen Lebensmittel – mit Kosten in Höhe von 143 Mrd. Euro – vernichtet. EFFAT fordert daher eine nachhaltige Lebensmittelpolitik, mit geeigneten Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung und einem Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa.

Die Ernährungswirtschaft in Europa ist nach Umsatz und Anzahl der Beschäftigten eine wichtige Branche. So zählt die EU-Lebensmittelbranche 4,25 Millionen Beschäftigte, erwirtschaftet einen Umsatz von 1.098 Milliarden Euro, gibt 2,5 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aus und erzielt mit dem Handel von verarbeiteten Lebensmitteln einen Überschuss von 25,2 Milliarden Euro. Trotz dieser enormen wirtschaftlichen Bedeutung, die





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



Lebensmitteln für die EU-Wirtschaft zukommt, gibt es derzeit kein zentrales Konzept für eine EU-Lebensmittelpolitik. Die Lebensmittelpolitik muss auf die Herstellung hochwertiger Lebensmittel durch Innovation, gute Arbeit und hohe Qualifikation der Beschäftigten setzen. Lebensmittelerzeugung muss „besser statt billiger“ werden. Gute Lebensmittel haben ihren Preis. Eine Lebensmittelpolitik des 21. Jahrhunderts muss daher eine Vielzahl von Anforderungen erfüllen: Diese Herausforderung macht daher eine Ausrichtung der industriellen Produktion von Lebensmitteln am Leitbild einer umfassenden Nachhaltigkeit notwendig. Umfassende Nachhaltigkeit umschließt dabei soziale, ökonomische, ökologische Dimensionen in der gesamten Wertschöpfungskette. Eine umfassende Lebensmittelpolitik muss sicherstellen, dass alle Akteure der Lebensmittelversorgungskette, sowohl in der EU als auch in Drittstaaten, faire Löhne beziehen.

Zu einer ökologisch nachhaltigen und fairen Lebensmittelpolitik und zu einem umfassenden Blick auf Ernährung gehört auch der Zugang zu sauberem Trinkwasser. Das Recht auf Wasser ist ein Menschenrecht, dennoch ist der Zugang zu Wasser auch in den EU-Staaten nicht für alle Menschen gewährleistet. Deshalb fordern wir die Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative *right2water*, die eine Privatisierungen der Trinkwasserversorgung ausschließt und die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Wasserversorgung insbesondere für benachteiligte Gruppen in der Bevölkerung sicherzustellen.

Eine umfassende Lebensmittelpolitik der Europäischen Kommission sollte im Hinblick auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele alle Dimensionen der Nachhaltigkeit zusammenführen und Standpunkte zu einzelnen Säulen eines umfassend fairen Lebensmittelsystems mit gleichberechtigten Zielen erarbeiten:

- gerechte Lohn- und Einkommensverteilung, Arbeitsschutz und sozial sichere Arbeitsbedingungen,
- ökologisch nachhaltige Landwirtschaft (Reform der GAP, beschleunigte Entwicklung nachhaltiger Produktionsmodelle, angemessenes Einkommen für Landwirte, öffentliche Güter für öffentliche Gelder, Tierschutz),
- Ausgewogene territoriale Entwicklung/Entwicklung des ländlichen Raums (Cork 2.0),
- nachhaltige Verarbeitung (Veränderte Produktrezepturen),
- Kreislaufwirtschaft (Ressourceneffizienz, Rohstoff- und Lebensmittelverschwendung, Energieeffizienz),
- nachhaltiger Lebensmittelverbrauch (Ernährungsentscheidungen, die Gesundheit und Umwelt schützen, Vorreiterrolle des Einzelhandels),
- kulturelle Auswirkungen (regionale bzw. lokale Identität),
- Gesundheit, Ernährung (gesündere Ernährung, Lebensmittelsicherheit),
- Umweltschutz (Böden, Biodiversität, Wasser- und Luftqualität),
- Bildung (Schulbildung, Wert von Lebensmitteln, wie kocht man, was ist gutes Essen),
- Handel, auch internationaler Handel (fairere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette Lebensmittelsouveränität),
- Entwicklung (kohärente Entwicklungspolitik).

Für eine breite Diskussion innerhalb der Mitgliedsgewerkschaften von EFFAT sollte eine Lebensmittelpolitische Konferenz organisiert werden.

## **Antrag 2 - NGG: Populismus und Rechtsruck in Europa bekämpfen**





A Recipe for a stronger

EFFAT

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



Seit dem Vordringen neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik, spätestens aber seit Mitte der 90er Jahre, entwickelt sich eine immer stärker werdende radikale rechte Bewegung in Europa. Sie tritt in unterschiedlichen Ausprägungen auf: Als *extremistische Rechte* wendet sie sich gegen soziale und liberale Demokratie und deren zugrundeliegenden Werte von Freiheit, Gleichheit, Individualismus und Pluralismus. Die *populistische Rechte* basiert auf dem Mythos einer völkischen oder homogenen Nation. In einer verschärften Form bildet die *rassistische Rechte* in der Konstruktion nationaler Zugehörigkeiten spezifische ethnische, kulturelle, religiöse oder sexuelle Ausgrenzungskriterien.

Besonders Akteurinnen und Akteure der *populistischen Rechten* üben mittlerweile in vielen europäischen Staaten politischen und gesellschaftlichen Einfluss aus. Obwohl die *populistische Rechte* im Mantel des „Bürgerlich-Konservativen“ agiert, erkennt man bei näherer Betrachtung hinter ihren Argumenten ähnliche Ziele wie bei anderen Gruppen der radikalen Rechten: Abschaffung der Grundrechte von Andersdenkenden, Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund von ethnischen und religiösen Zuschreibungen, Schüren von Existenzängsten und Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaats. Insbesondere die Tatsache, dass mittlerweile die *populistische Rechte* genutzt wird, um Parlamentsmehrheiten zu sichern oder Regierungskoalitionen zu bilden, zeigt die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Gegensteuerns.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen aus ihrer Geschichte, dass Mitbestimmung und Teilhabe der abhängig Beschäftigten an politischer Willensbildung eine demokratische Ordnung brauchen. Es gilt daher gemeinsam mit allen pluralistisch-demokratischen Kräften Anstrengungen zu unternehmen und sich den radikalen Rechten aktiv entgegenzustellen.

### **EFFAT und seine Mitgliedsgewerkschaften werden in ihrer Aufklärungs- und Bildungsarbeit in Betrieben, Gremien und Veranstaltungen und im gesellschaftlichen Rahmen:**

- bei aller inhaltlichen und sachlichen Kritik, demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen in Europa in der Sicherung, der Achtung und Wahrung der pluralistischen Demokratie unterstützen,
- Widersprüche zu gewerkschaftlichen Werten und Positionen in Gesinnung, politischem Handeln und Programmen der Parteien und Organisationen der populistischen Rechten konsequent aufzeigen und öffentlich machen,
- Seminare und Weiterbildung für MultiplikatorInnen und FunktionärInnen der internationalen Gewerkschaftsbewegung anbieten,
- Initiativen und Aktivitäten von EGB, IUL und anderen gewerkschaftlichen Organisationen verstärkt unterstützen, sowie die Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen demokratischen NGOs ausbauen,
- die Öffentlichkeit mit gemeinsamen europaweiten Aktionen und Veranstaltungen sensibilisieren.

### **Antrag 3 - NGG: Fluchtursachen bekämpfen, gerechtere Lastenverteilung der Migration in Europa**







A Recipe for a stronger

EFFAT

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



Seit vielen Jahren steigt die Zahl der Migranten weltweit stetig. Ende 2017 waren laut UNHCR, dem UN-Flüchtlingshilfswerk, knapp 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Die meisten davon sind innerhalb ihrer Staatsgrenzen auf der Flucht oder werden von Nachbarländern aufgenommen. Europa hat bis Ende 2017 2,6 Mio. geflüchtete Menschen aufgenommen, allein in der Türkei wurden 4 Mio. Menschen untergebracht.

Die Fluchtursachen sind vielfältig. Kriege, völkerrechtswidrige Vertreibungen, Wegfall von Lebensgrundlagen durch Naturkatastrophen und Klimawandel, aber hauptsächlich die Auswirkungen der neoliberalen Entwicklungs- und Handelspolitik treiben die Menschen aus der Not zur Flucht.

Die Europäischen Partnerschaftsabkommen (EPA), EU geförderte Abkommen über Freihandelszonen zwischen der EU und den 78 AKP-Staaten (in der Mehrzahl ehemalige europäische Kolonien in Afrika, der Karibik und im Südpazifik) sind mit Ursache dafür, dass vor Ort bestehende Strukturen zerstört und Abhängigkeiten geschaffen werden. Durch Privatisierungs-, Deregulierungs- und Zollzwang durch die EPA verlieren Menschen ihre Existenz und Arbeit. Es zwingt afrikanische Märkte, sich fast komplett – bis zu 83% – für europäische Produkte zu öffnen, ohne schützende Zölle. Eine Katastrophe für die lokale Wirtschaft. Die EU möchte, dass die afrikanischen Märkte unbegrenzt für Exporte geöffnet und der Zugang zu Rohstoffen, wie etwa Erdöl, Holz bis hin zu Metallen und sogenannten seltenen Erden gesichert werden. Zudem möchte die Europäische Union geistige Eigentumsrechte ebenfalls in den EPAs verankern. Das womöglich größte Problem ist jedoch, dass der Zugang zu lukrativen öffentlichen Aufträgen und die Liberalisierung des Wettbewerbs in den EPA-Verträgen schon teilweise fixiert wurden oder noch werden sollen.

Die Verteidigungsausgaben von drei Mitgliedstaaten (Vereinigtes Königreich, Frankreich und Deutschland) machen bereits 60 Prozent der Ausgaben der EU-28 aus, die viel besser für soziale Maßnahmen, Investitionen in die Zukunft und die Integration von Flüchtlingen eingesetzt werden sollten.

Die EU-Abgeordneten haben die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, jeweils zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungszwecke auszugeben. Bisher wird dies nur von Griechenland, Estland und dem Vereinigten Königreich umgesetzt

Die EU hat sich das Ziel gesetzt kollektiv bis 2015 Entwicklungshilfe von 0.7% des Bruttonationaleinkommens zu leisten und als Zwischenziel bis 2010 0.56% des Bruttoinlandsprodukts. Dieses Ziel wurde nur dadurch erreicht, dass das erhöhte Flüchtlingsaufkommen der letzten Jahre die Europäischen Mitgliedsstaaten zur mehr Ausgaben zwang. Diese Flüchtlingsbewegungen werden nicht abnehmen. Nach dem UNHCR werden demografie bedingt allein in den afrikanischen Staaten jährlich 20 Mio. junge Menschen neu auf den Arbeitsmarkt drängen. Wenn die strukturellen Probleme nicht vor Ort ernsthaft angegangen werden, kommen diese jungen Menschen weiterhin nach u.a. Europa um zu überleben.

EFFAT war eine der ersten Europäischen Dachorganisationen, die sich konsequent für eine wirkungsvolle und echte Fluchtursachenbekämpfung eingesetzt hat.

**EFFAT wird weiterhin mit seinen Mitgliedsgewerkschaften in den Europäischen Institutionen dafür eintreten, dass**

- die sogenannten Entwicklungsländer innerhalb der Freihandelsabkommen innerhalb der Wirtschaftspartnerabkommen (WPA) fair behandelt werden und diesen Staaten ein angemessener Zutritt zu den Europäischen Märkten ohne neoliberale Auflagen ermöglicht wird,
- zusätzliche Europäische Investitionen in den Aufbau einer umfassenden Produktions- und Wertschöpfungskette innerhalb der sogenannten Entwicklungsländer zu lenken und nicht





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



nur in einzelne Projekte, damit diese Länder in die Lage versetzt werden eine eigene Volkswirtschaft aufzubauen,

- zusätzliche Europäische Investitionen in den Aufbau von Bildungssystemen und die berufliche Bildung vor Ort vorgenommen werden,
- zusätzliche Europäische Investitionen verstärkt in die vom Klimawandel besonders betroffenen Länder fließen,
- der erwirtschaftete Exportüberschuss auch diesen Ländern u.a. durch Investitionen wieder zugutekommt,
- die Verteilung der Geflüchteten nicht nur auf wenigen Mitgliedsstaaten wie Italien, Spanien usw. lastet.





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



#### **Antrag 4 - NGG: Internationale Mitbestimmung: Europäische Betriebsräte stärken**

Die zunehmende Zahl transnationaler Unternehmen in Ernährungsindustrie und Gastgewerbe führt immer öfter dazu, dass die Gewerkschaft NGG sowie andere EFFAT-Mitgliedsorganisationen und/oder Betriebsräte auf nationaler Ebene in den Unternehmen auf Arbeitgeber ohne letztendliche Entscheidungskompetenz treffen. Nationale Kontakte zum Management werden dadurch unwirksamer und erfordern eine Stärkung internationaler Zusammenarbeit. Deshalb ist es notwendig, dass die Arbeits- und Mitbestimmungsstrukturen in europäischen und globalen Unternehmen verbessert werden.

Während auf deutscher Ebene die Mitbestimmungsmöglichkeiten die Betriebsratsarbeit unterstützen, so wenig nützlich sind sie derzeit auf europäischer Ebene. In vielen Fällen wird die Gründung von europäischen Betriebsräten verzögert und teilweise verhindert. Gelingt die Gründung von europäischen Betriebsräten, treffen diese oft auf weitere Hindernisse auf dem Weg zur zu einer regelmäßigen und erfolgreichen Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit.

**EFFAT wird sich zusammen mit dem EGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften weiter für eine Verbesserung der Europäischen Betriebsräterichtlinie einsetzen.**

**Insbesondere fordern wir:**

- bessere und schnellere rechtliche Möglichkeiten europäische Betriebsräte (EBR) zu errichten,
- echte Mitbestimmungsrechte für europäische Betriebsräte in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten und nicht nur Informations- und Konsultationsrechte,
- Stärkung der Informations- und Konsultationsrechte durch Klarstellung, dass weder Gesellschaftsrecht noch Kapitalmarktrecht Vorrang vor den Rechten der europäischen Betriebsräte und Betriebsrätinnen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben,
- effektiven, schnellen und wirksamen Rechtsschutz zur Durchsetzung der Informations-, Konsultations- und Mitbestimmungsrechte,
- Einen starken Mindest-Kündigungsschutz für europäische Betriebsräte verankert in der europäischen Betriebsräterichtlinie,
- Freistellungsregelungen für europäische Betriebsräte nach den Regeln des deutschen Betriebsverfassungsgesetzes,
- eigenständige Organisationsmöglichkeiten von Sitzungen und Arbeitsstrukturen in Europa,
- das Recht auf unabhängige Betriebsräteschulung und –Weiterbildung (auch in erforderlichen Fremdsprachen), die vom Unternehmen getragen werden muss, zu sozialen, rechtlichen und interkulturellen Themen,
- das Recht der europäischen Gewerkschaftsföderationen mindestens einen Gewerkschaftsordinator in allen Betriebsräten zu benennen,
- das Recht auf personelle Unterstützung in Form von Assistentinnen und Assistenten.

EFFAT soll künftig eine stärkere Koordinierungsrolle im Kampf gegen das internationale Kapital übernehmen, und soll als die Kontakt- und Anlaufstelle der Mitgliedsgewerkschaften in Europa gestärkt werden. EFFAT wird in ihren Aktivitäten die gewerkschaftliche Interessenvertretung und Koordinatorin der Solidarität unter den Mitgliedsgewerkschaften unterstützen. Hierzu müssen die Arbeitsstrukturen von EFFAT im Hinblick auf eine bessere Koordinierung und ein ganzheitliches Denken über die Lebensmittelkette hinweg angepasst werden.





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



EFFAT wird den europäischen sozialen Dialog als Plattform gegen die neoliberalen Politikansätze der Konzerne und der europäischen Kommission nutzen.

EFFAT wird sich für europäische Mindeststandards und Mitbestimmungsrechte einsetzen und eine Diskussion über die Koordinierung der europäischen Tarifpolitik mit den Mitgliedsgewerkschaften anstoßen. Zudem wird EFFAT sich zusammen mit der IUL stärker für die Errichtung von globalen Arbeitsstrukturen, internationalen Rahmenvereinbarungen und Weltbetriebsräten einsetzen.







A Recipe for a stronger

EFFAT

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



## **Antrag 5 - Nordische Mitgliedsorganisationen: Verfahrensordnung und Mandat an EFFAT bezüglich länderübergreifender Betriebsvereinbarungen**

Die nordischen Mitgliedsorganisationen von EFFAT unterbreiten dem kommenden EFFAT-Kongress in Zagreb vom 6. bis 7. November 2019 folgenden Antrag.

### **Verfahrensordnung und Mandat für EFFAT bezüglich länderübergreifender Betriebsvereinbarungen**

In der aktuellen EFFAT-Satzung *Artikel 4 – Rolle von EFFAT*, ist festgelegt, wie *EFFAT Verhandlungen im Namen der Mitgliedsorganisationen im Rahmen des sozialen Dialogs und/oder bei transnationalen Verhandlungen mit Unternehmen* führen kann.

Es geht um eine wichtige und entscheidende Verantwortung, für die EFFAT von den Mitgliedsorganisationen einen Handlungsauftrag erhalten hat. Die EFFAT-Mitgliedsorganisationen kommen aus verschiedenen Ländern Europas mit unterschiedlichen Traditionen und Verfahren zur Regelung und Festlegung der Mindestbedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Im Rahmen des nordischen Arbeitsmarktmodells werden die meisten Fragen durch einen sektoralen Tarifvertrag zwischen den Sozialpartnern geregelt. In anderen Ländern sind betriebliche Tarifverträge die Regel, während in anderen Ländern die nationalen Gesetze die Mindestbedingungen auf dem Arbeitsmarkt festlegen.

Unabhängig davon, welches Modell verwendet wird, unterscheiden sich die Mindestbedingungen für die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Teilen Europas erheblich. Daher sind die Forderungen und Bedürfnisse hinsichtlich verbesserter Mindestbedingungen unter den EFFAT-Mitgliedsorganisationen nicht deckungsgleich.

Wenn EFFAT im Namen der Mitgliedsorganisation an Verhandlungen über länderübergreifende Betriebsvereinbarungen beteiligt sein wird, ist es wichtig, einen transparenten Verhandlungsprozess auf der Grundlage einer starken Mitbestimmung zu gewährleisten, bei dem betroffene Arbeitnehmer und Gewerkschaften das Ergebnis beeinflussen können.

### **Daher schlägt der EFFAT-Kongress die folgenden Schritte vor:**

- 1) Der Kongress fügt folgenden Absatz unter Artikel 17 (Pflichten des Exekutivausschusses) in der Satzung hinzu: ein Verfahren zur Aushandlung von länderübergreifender Betriebsvereinbarungen (TCAs) zu verabschieden.
- 2) Der Kongress beauftragt den Exekutivausschuss, einstimmig eine klare und transparente Geschäftsordnung für länderübergreifender Betriebsvereinbarungen zu verabschieden, die den Prozess, die notwendigen Bedingungen, den Umfang, die Beschränkungen, das Mandat, die Beteiligung, die Umsetzung und die Ratifizierung festlegt.

### **Im Namen der Nordischen Mitgliedsorganisationen:**

Kristjan Bragason, Generalsekretär NU HRCT

Henri Lindholm, Generalsekretär NU LIVS

Peter K. Holm, Gruppenleiter für den Nordischen Grünen Sektor





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



## **Antrag 6 - EFFAT Frauenausschuss: Stärkung des Hausangestelltensektors in EFFAT**

Der EFFAT-Kongress beauftragt den EFFAT-Exekutivausschuss, unverzüglich einen Umsetzungsplan zu entwickeln, um dem Hausangestelltensektor für die nächsten fünf Jahre Priorität einzuräumen.

- Die Hausangestellten werden in der EFFAT-Satzung als ein Sektor erwähnt, der besonderer Aufmerksamkeit bedarf, um eine stärker sektorische Struktur zu entwickeln.
- Ziel ist es, die EFFAT-Mitglieder bei ihren Bemühungen zu unterstützen, Hausangestellte, darunter viele MigrantInnen, besser zu organisieren und die Interessen der Hausangestellten auf europäischer Ebene zu vertreten.
- EFFAT wird die treibende Kraft bei der Einrichtung eines Verbindungsausschusses für Hausangestellte mit anderen Europäischen Gewerkschaftsverbänden sein, deren Mitgliedsorganisationen auch Hausangestellte organisieren, wie der Europäische Verband der Gewerkschaften der öffentlichen Dienste (EGÖD) und UNI Europa, die Europäische Dienstleistungsgewerkschaft.
- Zwischen EFFAT, IUL und der Internationalen Föderation der Hausangestellten (International Domestic Workers Federation - IDWF) wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Beziehungen zwischen den Organisationen zu klären, die ein klares Verständnis der Rollen und Verantwortlichkeiten jeder der beteiligten Organisationen beinhaltet.

### **Rechtfertigung**

Hausangestellte sind ein Sektor, der eindeutig in die Zuständigkeit der EFFAT fällt.

Der Hausangestelltensektor ist in ganz Europa ein wachsender Sektor. Eine alternde Bevölkerung und die zunehmende Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt sind die Hauptantriebskräfte für dieses Phänomen. Es wird geschätzt, dass in den kommenden Jahren<sup>1</sup> 5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze in diesem Sektor geschaffen werden könnten.

Die personen- und haushaltsbezogene Dienstleistungen (Personal and Household Services - PHS) umfassen derzeit 8 Millionen Arbeitsplätze in der EU, das sind 4% der Gesamtbeschäftigung. Über 50% davon sind Hausangestellte mit Migrationshintergrund (dokumentiert und nicht dokumentiert). Zum Vergleich: Der Gastgewerbe-Sektor macht 5% der Gesamtbeschäftigung aus, die Landwirtschaft 4,4%.

91% der PHS-Beschäftigten sind Frauen. In der EU ist eine von 13 Frauen im PHS-Sektor tätig, was 7,5% der Gesamtbeschäftigung von Frauen entspricht.

Schätzungen zeigen, dass 70% der Hausangestellten von nicht angemeldeten ArbeitnehmerInnen geleistet wird (informelle Beschäftigung). Unter Berücksichtigung des derzeitigen informellen Charakters der Arbeit und des geschätzten zusätzlichen Bedarfs an PHS in der Zukunft wird deutlich, dass es ein enormes Beschäftigungspotenzial und damit eine Verantwortung der Gewerkschaften für die Organisation der ArbeitnehmerInnen und die Gewährleistung menschenwürdiger Arbeit in diesem Sektor gibt.

### **Hausangestellte - eine branchenübergreifende Kategorie**

---

<sup>1</sup> Alle Zahlen zur Hausarbeit in diesem Dokument basieren auf dem „PHS Industry Monitor“, April 2018 ([http://www.efsi-europe.eu/fileadmin/MEDIA/publications/2018/PHS\\_Industry\\_monitor\\_April\\_2018.pdf](http://www.efsi-europe.eu/fileadmin/MEDIA/publications/2018/PHS_Industry_monitor_April_2018.pdf)), veröffentlicht von der European Federation for Services to Individuals (EFSI). Wir orientieren uns an der Methodik des EFSI für den Bericht. Die statistischen Daten basieren auf NACE (Europäische Statistik), ISCO (Internationale Standardklassifikationen der Beschäftigung), Zahlen des Europäischen Verbandes der Reinigungsindustrien (EFCI), Arbeitskräfteerhebungen der Europäischen Union (EU AKE), Eurofound und den von der OECD veröffentlichten Erhebungen und Daten von Eurobarometer.



*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



Die Arbeit von Hausangestellten wird in dem IAO-Übereinkommen C 189 definiert als „Arbeit, die in oder für einen Haushalt oder Haushalte geleistet wird“.

Eine der Schwierigkeiten für Gewerkschaften, Hausangestellte zu erreichen, ist die Vielfalt der Tätigkeiten, in denen sie aktiv sind. Das bestimmende Merkmal der Hausarbeit ist nicht ein beruflicher Sektor, sondern der Arbeitsplatz, nämlich der private Haushalt.

Hausangestellte können z.B. putzen, kochen, für eine Familie einkaufen, Kinder oder ältere Menschen betreuen. Hausangestellte können direkt von einem privaten Haushalt oder über eine Agentur, entweder von einem öffentlichen oder privaten Arbeitgeber, beschäftigt werden, und sie können nur für einen Arbeitgeber arbeiten oder mehrere Arbeitsverhältnisse haben.

Im europäischen Kontext wird die Arbeit von Hausangestellten oft als „Personal and Household Services“ (PHS) bezeichnet. Wir verwenden die Begriffe austauschbar und berücksichtigen die Vielfalt der Tätigkeiten und Aufgaben, die in einem Privathaushalt ausgeübt werden.

In Anbetracht dessen ist es unerlässlich, einen europäischen Verbindungsausschuss für Hausangestellte einzurichten.

### **Geschichte der EFFAT-Arbeit zu Hausangestellten 2009-2019 und die gewonnenen Erkenntnisse**

„Hausangestellte“ ist seit 2009 ein Standardtagesordnungspunkt auf den Sitzungen des EFFAT-Frauenausschusses, des EFFAT-Präsidiums und des EFFAT-Exekutivausschusses.

Die Höhepunkte des Engagements der EFFAT in Bezug auf Hausangestellte waren die folgenden:

- EFFAT hat seit 2009 maßgeblich dazu beigetragen, Hausangestellte bei der Organisation und Unterstützung der Lobbyarbeit für die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens C 189 und der Rechte der Hausangestellten im Allgemeinen innerhalb der EU-Institutionen zu unterstützen.
- EFFAT und ihre Mitgliedsorganisationen haben sich in den Jahren 2011-2012 aktiv an einem Projekt von IAO-EGB-EFFAT zu Hausangestellten beteiligt. Das EFFAT-EU-Projekt „Förderung der industriellen Beziehungen im Hausangestelltensektor in Europa“ (2014-2015) gab erstmals einen Überblick über die für Hausangestellte in Europa relevanten Gesetze, Verordnungen und Tarifverträge. Es dokumentierte auch die beeindruckenden Wege, wie Hausangestellte in verschiedenen europäischen Ländern organisiert sind, in den meisten dieser Länder unterstützt von EFFAT-Mitgliedsorganisationen.
- Mehrere Initiativen auf europäischer Ebene, die zu Berichten über spezifische Probleme von Hausangestellten führten, wurden von EFFAT unterstützt, z.B. durch Bereitstellung von Informationen, Kommentierung von Entwürfen usw.<sup>2</sup>
- EFFAT vertritt Hausangestellte auf der [Europäischen Plattform zur Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit](#).
- Auf dem letzten EFFAT-Kongress 2014 wurde einstimmig ein Antrag zur Schaffung einer „Plattform für Hausangestellte“ in der EFFAT angenommen. Zusätzlich zum Standardpunkt „Hausangestellte“ auf der Tagesordnung der EFFAT-Leitungsgremien (siehe oben) konnten 3 eintägige Treffen zu Hausangestellten (selbst)organisiert werden: 19. April 2017, 24. April 2018 und 29. April 2019. Das Treffen 2018 war das offizielle IDWF Europa Regionaltreffen zur Vorbereitung des IDWF-Kongresses im November 2018, einschließlich der Wahl der europäischen Vertreterinnen für den IDWF-Exekutivausschuss. Andere EFFAT-Mitglieder nahmen als Gäste teil.

<sup>2</sup> Siehe Anhang 2



A Recipe for a stronger

EFFAT

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



- Derzeit beteiligt sich EFFAT gemeinsam mit sechs weiteren Partnern aktiv an einem breit angelegten europäischen Projekt „Weiterentwicklung der personen und haushaltsbezogenen Dienstleistungen“ („Advancing Personal and Household Services - Ad-PHS“) im Rahmen der EU-Haushaltlinie „Förderung von Hausangestellten-genossenschaften und Dienstleistungsschecks-systemen“ („Promotion of domestic worker cooperatives and service voucher systems“).

Die Liste der Tätigkeiten zeigt, dass die EFFAT eine beeindruckende Anzahl von Aktivitäten im Zusammenhang mit Hausangestellten durchgeführt hat (siehe detaillierte Liste in Anhang 1). EFFAT ist - de facto - bereits als Europäisches Sekretariat für Hausangestellte tätig.

Das EU-Projekt „Förderung der industriellen Beziehungen im Hausangestelltensektor in Europa“ (2014-2015) trug dazu bei, Mitgliedsorganisationen in den Sitzungen des Projektleitungsausschusses zusammenzubringen, und zeigte, dass EFFAT als der europäische Gewerkschaftsverband betrachtet werden muss, der den Sektor hauptsächlich abdeckt.

Trotz vieler guter Ergebnisse dieser Bemühungen kann man sagen, dass einige der Aktivitäten einer gründlicheren Aufmerksamkeit und Nachbereitung bedürft hätten. So hat beispielsweise die europäische „My Fair Home Campaign“, die ursprünglich von der International Domestic Workers Federation (IDWF) initiierte Kampagne unterstützte, aus Zeit- und Ressourcenmangel nicht die erwarteten Ergebnisse gezeigt.

Außerdem:

- Die selbst organisierten Treffen waren aufgrund begrenzter Ressourcen, z.B. hinsichtlich der Verdolmetschung (das auch selbst organisiert war), nicht für alle Interessierten zugänglich.
- Viele Aktivitäten wurden von anderen initiiert (z.B. Projekte, Konferenzen, Berichte, usw.), zu denen EFFAT beigetragen hat. Dies musste zusätzlich zu der bereits hohen Arbeitsbelastung des EFFAT-Sekretariats, das für den Tourismussektor und die Geschlechtergleichstellung zuständig ist, erfolgen.
- Die verschiedenen offiziellen Berichte auf europäischer Ebene (siehe Anhang 2) sind eine gute Grundlage, um die politischen Entscheidungsträger für das, was sie vereinbart haben, zur Verantwortung zu ziehen, aber bisher war es aufgrund fehlender Ressourcen nicht möglich, ein Follow-up zu organisieren.
- Dies gilt auch für alle anderen Aktivitäten, zu denen beispielsweise eine bessere Kommunikation zwischen den Mitgliedsorganisationen und das Lernen voneinander gehört, was zu besseren Organisations- und Lobbystrategien führt. Bisher konnte kaum eine proaktive Initiative ergriffen werden, was zu einer besseren Politik und Repräsentation der Hausangestellten auf europäischer Ebene geführt hätte.
- Die größte Lücke ist der Mangel an Ressourcen, um potenzielle neue Mitglieder zu erreichen. Migranten-Hausangestellte organisieren sich oft in Selbsthilfegruppen und/oder NGOs und bräuchten Unterstützung bei der Anbindung an Gewerkschaftsstrukturen. Viele Gewerkschaften in Europa haben Migranten-Hausangestellte, einschließlich undokumentierter ArbeitnehmerInnen, erfolgreich organisiert. Das Lernen aus diesen Erfahrungen würde höchstwahrscheinlich zu mehr organisierten Hausangestellten auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene führen.

### **Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und darüber hinaus - ein wesentliches Element bei der Organisation von Hausangestellten**

Aufgrund der oben beschriebenen Komplexität haben die Gewerkschaften begonnen, bei allen Aspekten der Hausangestellten zusammenzuarbeiten.







A Recipe for a stronger

EFFAT

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



### **Zusammenarbeit auf europäischer Ebene**

Tatsächlich zielt das neue EU-Projekt „Ad-PHS“, das 2018 gestartet wurde, darauf ab, die verschiedenen Akteure, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen sowie die sogenannte „Sozialwirtschaft“ zusammenzubringen, um die Zusammenarbeit zu verbessern. Das Hauptziel des Projekts ist die Schaffung einer europäischen Plattform, in der alle beteiligten Akteure kontinuierlich im Bereich PHS zusammenarbeiten. Ein europäischer Verbindungsausschuss aller Gewerkschaften, die Hausangestellte organisieren, scheint eine logische Konsequenz zu sein, um die Kräfte zu bündeln und die Wirkung bei der Gewährleistung der Rechte von Hausangestellten zu maximieren.

### **Zusammenarbeit auf internationaler Ebene**

Die IUL hat die internationale Organisation von Hausangestellten von Anfang an unterstützt. Ohne die bedingungslose Unterstützung der IUL wäre es in der Tat sehr schwierig - wenn nicht gar unmöglich - gewesen, eine Internationale Föderation der Hausangestellten (IDWF) zu schaffen. Viele EFFAT-Mitglieder, die sich mit der Organisation von Hausangestellten befassen, spielen auch auf internationaler Ebene eine wichtige Rolle.

Um dem sektorübergreifenden Charakter der PHS - und der zunehmenden Bedeutung in einer globalen Wirtschaft - Rechnung zu tragen, haben die Globalen Gewerkschaftsverbände (Global Union Federations - GUF's) und der Internationaler Gewerkschaftsbund IGB eine globale Task Force für Pflege mit allen relevanten sektoriellen GUFs eingerichtet, um die Zusammenarbeit untereinander zu verstärken.

### **Fazit**

Trotz der guten Zusammenarbeit, die bereits läuft, gibt es auf europäischer Ebene eine Lücke bei der Vertretung von Hausangestellten. Hausangestellte sind ein Sektor, der eindeutig der Zuständigkeit von EFFAT unterliegt. Es ist notwendig, eine institutionalisierte Plattform auf europäischer Ebene zu schaffen - eine „treibende Kraft“ in einem Prozess des zunehmenden gewerkschaftlichen Engagements im Bereich der Hausangestellten. EFFAT ist gut positioniert, um bei diesen Bemühungen die Leitung zu übernehmen.

Dies ist besonders wichtig, da es sich bei den meisten ArbeitnehmerInnen - immer noch - um informelle (nicht angemeldete Erwerbstätigkeit) handelt, was bedeutet, dass dringend Handlungsbedarf bei der Umsetzung der bestehenden Arbeitsgesetze für Hausangestellte besteht und die Türen der Gewerkschaften geöffnet werden müssen, damit Hausangestellte vertreten sind und eine Stimme haben. Besondere Aufmerksamkeit muss der Organisation von Hausangestellten mit Migrationshintergrund gewidmet werden, die die Mehrheit der Arbeitskräfte ausmachen.

EFFAT wäre in der vorstehend beschriebenen Struktur weitaus besser positioniert, wenn es sich zu einem Ansatz bekennen würde, der über Ad-hoc-Intervention und -Unterstützung hinausgeht. Bisher war es nicht möglich, einen umfassenden Ansatz strukturell zu entwickeln.

Die Lehren aus der Geschichte der EFFAT in Bezug auf Hausangestellte und die jüngste Entwicklung des sektorübergreifenden gewerkschaftlichen Engagements zeigen, dass es dringend notwendig ist, eine politische Verpflichtung gegenüber Hausangestellten einzugehen, was sich auch in der Bereitstellung von Ressourcen ausdrückt.

### **Umsetzung des Antrags**

Der neu gewählte EFFAT-Exekutivausschuss müsste die folgenden Schritte zur Umsetzung des Antrags unternehmen:

- a) Kontaktaufnahme mit anderen europäischen Gewerkschaftsverbänden, deren Mitgliedsorganisationen Hausangestellte organisieren, und Einrichtung eines europäischen Verbindungsausschusses für Hausangestellte;







*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



- b) Einsetzung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus EFFAT, IUL und IDWF, um die Beziehungen zwischen den Organisationen zu klären;
- c) Bereitstellung von Ressourcen für die Umsetzung des Antrags, die angemessen und im Einklang mit den Bestimmungen für andere EFFAT-Sektoren sind.





A Recipe for a stronger

EFFAT

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



## Anhang 1

### EFFAT-Aktivitäten zu Hausangestellten 2009 – 2018

10/2009	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT-Kongress Berlin: Seitenveranstaltung zu Hausangestellten, gemeinsam mit Justice &amp; Peace, Deutschland</li> </ul>
<b>Seit 2009</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Hausangestellte auf der Tagesordnung aller Sitzungen von</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>EFFAT Frauenausschuss</b></li> <li>- <b>EFFAT-Präsidium</b></li> <li>- <b>EFFAT Exekutivausschuss</b></li> </ul> </li> </ul>
2010-2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT unterstützte den IAO-Prozess und versandte regelmäßig Rundschreiben zu Aktualisierungen</li> <li>• Der EFFAT Exekutivausschuss unterstützte die Bitten von IDWN, IUL und EFFAT-Frauenausschuss, indem er die Mitgliedsorganisationen aufforderte, ihre Regierungen zur Unterstützung des IAO-Prozesses (der zu C189 führte) zu drängen, und nach 2011 zur Ratifizierung</li> <li>• Mehrere interne Diskussionen darüber, wie Hausangestellte zu einem integrierten Bestandteil der Arbeit der EFFAT gemacht werden können</li> </ul>
2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeinsames <a href="#">Projekt von IAO, EGB und EFFAT „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte in den EU-Mitgliedstaaten“</a> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Regionale Workshops in Berlin, Dublin &amp; Madrid</li> <li>- Abschlusskonferenz in Turin</li> <li>- Abschlussbericht</li> </ul> </li> </ul>
11/2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT-Kongress Empfehlung „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“</li> </ul>
1/2014 – 2/2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT-Projekt „Förderung der industriellen Beziehungen im Hausangestelltensektor in Europa“ <ul style="list-style-type: none"> <li>- 4 Sitzungen des Projektlenkungsausschusses</li> <li>- Ergebnisse: <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Bericht „Förderung der industriellen Beziehungen im Hausangestelltensektor in Europa“</li> <li>○ Broschüre „Hausangestellte in Europa - Organisiert Euch“</li> </ul> </li> </ul> </li> </ul>
2/2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilnahme an der Anhörung des EP zum Thema „Weibliche Hausangestellte und weibliches Pflegepersonal in der EU“</li> </ul>
6/2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>• FES-EFFAT Runder Tisch „Vier Jahre nach Annahme des IAO-Übereinkommens für Hausangestellte C 189“</li> </ul>
3/2015 – 3/2016	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT Teilnahme am EU-Projekt „<a href="#">Für Qualität!</a> - Europäisches Projekt für die Qualität von Arbeitsplätzen und Service in personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen (PHS)“ <ul style="list-style-type: none"> <li>- Regionale Workshops in Rom, Brighton und Wien</li> <li>- Abschlusskonferenz in Brüssel (abgesagt)</li> <li>- Abschlussbericht, Empfehlungen</li> </ul> </li> </ul>
4/2016	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EP-Bericht „<a href="#">Weibliche Hausangestellte und weibliches Pflegepersonal in der EU</a>“ <ul style="list-style-type: none"> <li>- EFFAT und IDWF Europe lieferten Input</li> <li>- Abstimmung im Plenum des EP am 28.4.2016</li> </ul> </li> </ul>
4/2016	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT-IDWF Europa Treffen zur strategischen Planung zu Hausangestellten: Diskussion über Rollen und Aufgaben für IDWF, EFFAT und ihre Mitgliedsorganisationen zur Stärkung der Mobilität von Hausangestellten in Europa</li> </ul>





A Recipe for a stronger



5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



6/2016	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT-Antrag auf EU-Förderung für das Projekt „Angemeldete und menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte durch Dienstleistungsgutscheine“ in Zusammenarbeit mit den europäischen Arbeitgeberverbänden EFSI (European Federation for Services to Individuals) und EFFE (European Federation for Family Employment) - das Projekt wurde abgelehnt</li> </ul>
6/2016	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT und ACV-CSC unterstützen die <a href="#">IDWF-Kampagne „My Fair Home“</a></li> </ul>
4/2017	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT-IDWF Treffen zu Hausangestellten in Europa             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Diskussion mit den Arbeitgeberorganisationen EFSI (European Federation for Services to Individuals) und EFFE (European Federation for Family Employment)                 <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Follow-up des gemeinsam eingereichten Projekts „Angemeldete und menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte durch Dienstleistungsgutscheine“, das von der EU im Dezember 2016 abgelehnt wurde</li> <li>○ Weitere Bereiche für die zukünftige Zusammenarbeit</li> </ul> </li> <li>- Interne Diskussion                 <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Organisation und Unterstützung von Hausangestellten - Austausch unter den TeilnehmerInnen</li> <li>○ Relaunch der My Fair Home Kampagne</li> <li>○ Schaffung einer engeren bilateralen Zusammenarbeit („Schwesterorganisationen“)</li> <li>○ IAO-Normensetzungsprozess zum Thema „Gewalt am Arbeitsplatz“</li> </ul> </li> </ul> </li> </ul>
6/2017	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT startet die 2. <a href="#">„My Fair Home“</a> - „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“</li> </ul>
6/2017	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT-Antrag auf EU-Förderung für das Projekt „Gestaltung der Arbeitsbeziehungen im Hausangestelltensektor durch die Verwendung von PHS-Gutscheinen (Projekt SIRIUS)“, in Zusammenarbeit mit EFSI, EFFE und dem Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) der Goethe-Universität Frankfurt - das Projekt wurde abgelehnt</li> </ul>
11/2017	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Annahme des Pilotprojekts des Europäischen Parlaments „Förderung von Hausangestelltingenossenschaften und Dienstleistungsgutscheinen“</li> </ul>
12/2017 – 3/2018	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufbau eines Konsortiums der wichtigsten europäischen Interessengruppen für Hausangestellte und Pflegekräfte</li> </ul>
1/2018	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EFFAT-IDWF Europa Strategisches Planungstreffen für Hausangestellte:             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorbereitung des IDWF-Kongresses 11/2018</li> <li>- IDWF Europa Struktur</li> <li>- Neues EU-Projekt für Hausangestellte</li> <li>- IAO-Diskussion über „Gewalt und Belästigung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt“</li> </ul> </li> </ul>
2/2018	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Netzwerk von NROs und Gewerkschaften veröffentlicht <a href="#">„Gemeinsame Anliegen und gemeinsame Empfehlungen zur Haus- und Pflegearbeit von MigrantInnen“</a></li> </ul>
3/2018	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Europäische Plattform zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit Plenum - Diskussion über „Elemente eines präventiven Ansatzes: Dienstleistungsgutscheine und Sensibilisierungskampagnen“, Studie zu</li> </ul>





A Recipe for a stronger



5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



	Dienstleistungsgutscheinsystemen in Belgien, Frankreich, Italien und Österreich
4/2018	<ul style="list-style-type: none"> <li>EFFAT-IDWF Treffen zu Hausangestellten:               <ul style="list-style-type: none"> <li>- Geplante Aktivitäten für 2018-2019</li> <li>- Vorbereitung des IDWF-Kongresses, z.B. Wahl der europäischen Vertreterinnen in den IDWF-Vorstand, Beschlüsse, etc.</li> </ul> </li> </ul>
5/2018	<ul style="list-style-type: none"> <li>Veröffentlichung der <a href="#">Ausschreibung VP/2018/013</a> - Pilotprojekt zu Dienstleistungen für Privatpersonen und Haushalte: „Förderung von Hausangestelltingenossenschaften und Dienstleistungsgutscheinen“</li> </ul>
6/2018	<ul style="list-style-type: none"> <li><a href="#">Aufruf an</a> ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen, den Global Compact der Vereinten Nationen zur Migration als Gelegenheit zu nutzen, um die Rechte von Hausangestellten und Pflegepersonal als Arbeitnehmer anzuerkennen</li> </ul>
6/2018	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einreichung des Projekts „Advancing Personal and Household Services (Ad-PHS)“</li> </ul>
8/2018	<ul style="list-style-type: none"> <li>Genehmigung des Ad-PHS-Projekts</li> </ul>
11/2018	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsame <a href="#">Konferenz der</a> EG und der IAO über Hausangestellte und Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz</li> </ul>
11/2018	<ul style="list-style-type: none"> <li>IDWF-Kongress</li> </ul>
1/2019	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kick-off-Treffen Ad-PHS-Projekt</li> </ul>





A Recipe for a stronger

EFFAT

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



## Anhang 2

### Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss und Europäisches Parlament:

#### Berichte über Hausangestellte

Auf europäischer Ebene wurde der Hausangestelltensektor in einer Reihe von Diskussionen, Berichten, Stellungnahmen usw. behandelt. Dies ist eine nicht vollständige Liste, die sich auf offizielle Dokumente bezieht, die von EU-Gremien angenommen wurden:

- a) **Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Entwicklung von Dienstleistungen für die Familie zur Steigerung der Beschäftigungsquoten und zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz“ (Berichterstatlerin: Béatrice Ouin; SOC/508, vom EWSA am 16. Oktober 2014 angenommen).**

<https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/134aa873-9c89-11e4-872e-01aa75ed71a1/language-en>

Der Bericht gibt einen Überblick über die Zahl und die Bedingungen der Hausangestellten in Europa und räumt ein, dass die meisten von ihnen informell unter prekären Bedingungen und isoliert arbeiten, was sogar zu Sklavereibedingungen führen könnte. Der Bericht fordert eine Reform des Sektors, beispielsweise durch die Einführung von Steuerabzugsregelungen und die Professionalisierung des Sektors. Darin heißt es auch, dass die Gewerkschaften eine Rolle bei der Organisation des Sektors spielen müssen.

- b) **Bericht „Weibliche Hausangestellte und weibliches Pflegepersonal in der EU“ (Berichterstatlerin: Kostadinka Kuneva; A8-0053/2016, angenommen im Europäischen Parlament am 28. April 2016)**

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TAreference=P8-TA-2016-0203language=ENing=A8-2016-0053>

Der Bericht gibt einen umfassenden Überblick über die Arbeitsbedingungen von Hausangestellten, einschließlich "Au Pairs" und Hausangestellten in diplomatischen Haushalten. Er fordert die Kommission auf, ein Bündel von politischen Instrumenten vorzuschlagen (Absatz 2.) Die Freistellung von Hausangestellten in der Richtlinie 89/3921/EWG über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz muss überprüft werden. C189 muss von den europäischen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Der Bericht fordert ferner mehrere unterstützende Maßnahmen der EU, wie Studien, Sensibilisierungskampagnen und andere proaktive Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten.

- c) **Stellungnahme zum Thema „Die Rechte von im Haushalt lebenden Pflegekräften“ (Berichterstatler; Adam Rogalewski, SOC/535. vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss am 21. September 2016 angenommen)**

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52016IE0941>

Der Bericht konzentriert sich auf eine besondere Gruppe von Hausangestellten, nämlich im Haushalt lebende Hausangestellte, die fast alle Migrantinnen-Hausangestellte sind, und die zu den am stärksten gefährdeten Hausangestellten in Europa gehören. Besondere Aufmerksamkeit wird den undokumentierten Hausangestellten gewidmet (4.3), die diejenigen sind, denen die Ausübung ihrer Rechte verweigert wird - nicht de jure, sondern de facto.

Für die unter b) und c) genannten Berichte lieferten EFFAT und IDWF Europa Input für die Dokumente, die aufgenommen wurden. Generell war unser Ansatz, die Tatsache zu berücksichtigen, dass Hausarbeit DER informelle Sektor in Europa ist, trotz oft guter Gesetzgebung. Daher ist die Umsetzung die Herausforderung und muss Priorität haben. Um





der Vielfalt des Sektors gerecht zu werden, bedarf es einer Reihe von Strategien und Durchführungsmaßnahmen.





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



## **Antrag 7 - Nordische Region: Zur Rettung unseres Planeten: Gerechter Klimaübergang in der Lebensmittelversorgungskette vom Hof bis auf den Teller.**

**Der Klimawandel betrifft uns alle.** Durch steigende Temperaturen, Wüstenbildung, Rodung, Umweltverschmutzung und Naturkatastrophen auf der ganzen Welt gehen Leben, Lebensgrundlagen und Arbeitsplätze verloren. Trotz der vielen wissenschaftlichen Berichte, die diese multidimensionale Krise beschreiben, ist die politische Reaktion schwach ausgefallen.

**Es müssen jetzt Maßnahmen ergriffen werden.** EFFAT hält es für äußerst wichtig, die Klimakrise dringend anzugehen. Die EU-Institutionen und die nationalen Regierungen müssen die notwendigen Schritte und konkreten Maßnahmen ergreifen, um weitere Umweltkatastrophen zu verhindern. Die Auswirkungen eines wärmeren Klimas werden Europa und seine Bürger hart treffen, auch wenn viele europäische Länder bei der Förderung einer ambitionierten Klimapolitik an vorderster Front stehen.

Der EFFAT-Kongress fordert Maßnahmen. Der Kampf um die Erhaltung des Planeten muss durch den Wandel, durch die Entwicklung neuer und nachhaltiger Modelle von Produktion, Transport und Konsum intensiviert werden. Dennoch werden die im Pariser Abkommen festgelegten Klimaziele ohne einen radikalen politischen Wandel nicht erreicht werden.

Die **EFFAT**-Sektoren gehören zu den Sektoren mit den größten Auswirkungen auf die globale Erwärmung. Gleichzeitig sind die Auswirkungen des Klimawandels auf die gesamte Lebensmittelversorgungskette verheerend. Arbeitsplätze in den EFFAT-Bereichen sind aufgrund mangelnder Vision und Initiative der politischen Entscheidungsträger gefährdet.

Die Herausforderung für **EFFAT** besteht darin, die Klimaproblematik umfassend voranzutreiben; den Planeten zu retten bedeutet auch, für ein neues Wirtschaftsmodell zu kämpfen, das auf Nachhaltigkeit, technologischer Innovation, Arbeitnehmerrechten, Demokratie und Arbeitnehmerbeteiligung basiert.

**EFFAT** wird seinen Kampf gegen umweltschädliche und unlautere Handelspraktiken und Handelsabkommen fortsetzen, die zu starken Ungleichgewichten in der Lebensmittelversorgungskette führen, wobei nur wenige Großunternehmen über eine übermäßige Verhandlungsmacht verfügen, und zwar durch intensivierte Produktionspraktiken, die die Menschenrechte und Lebensgrundlagen der Arbeitnehmer und Landwirte gefährden.

**EFFAT**-Priorität für die kommenden Jahre muss es sein, eine aktive Rolle bei der Verwaltung des gerechten Übergangsprozesses zu einer kohlenstoffarmen und digitalen Wirtschaft zu übernehmen, gleichzeitig die Interessen der Arbeitnehmer zu schützen und die Schaffung neuer nachhaltiger und menschenwürdiger Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, der Lebensmittelherstellung und im Tourismus zu fördern.

**EFFAT** wird weiterhin Investitionen in die Erforschung und Entwicklung einer nachhaltigen Nahrungsmittelproduktion, landwirtschaftlicher Praktiken und des Tourismus durch Innovation, neue Technologien, Biowirtschaft und Kreislaufwirtschaft fördern.

Um die weitere Entwicklung der europäischen Agrar-, Lebensmittel- und Tourismusindustrie zu gewährleisten und einen gerechten Übergang zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft und einer klimafreundlichen Nahrungsmittelproduktion zu gewährleisten, ist es wichtig, die Arbeitnehmer mit den notwendigen Fähigkeiten auszustatten, um eine steigende Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Dies wird nur durch starke Investitionen in die berufliche Bildung, das lebenslange Lernen und die Neuqualifizierung gewährleistet.

**Daher engagiert sich der Kongress für die folgenden Maßnahmen, die im Rahmen der nächsten Mandatsdauer umgesetzt werden sollen:**





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



- Die Arbeit an Klimawandel und gerechtem Übergang wird in der nächsten Amtszeit eine politische Priorität für alle EFFAT-Sektoren sein.
- Das EFFAT-Sekretariat wird sich sowohl mit dem Klimawandel befassen als auch einen gerechten Übergang im sektoralen sozialen Dialog und in der transnationalen Unternehmensarbeit fördern, um die sozialen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen und den möglichen Verlust von Arbeitsplätzen zu bekämpfen.
- EFFAT wird sich für die europäischen Institutionen und politischen Entscheidungsträger auf nationaler Ebene einsetzen, um das Pariser Abkommen umzusetzen und sich auf gemeinsame nachhaltige, zukunftsorientierte Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels auf europäischer und globaler Ebene zu einigen.
- EFFAT wird seine sektoralen Ansichten und Prioritäten im Rahmen der EGB-Debatte über den Klimawandel fördern.
- EFFAT wird nachhaltige klimafreundliche Lebensmittelerzeugung und landwirtschaftliche Praktiken fördern.
- EFFAT wird weiterhin einen sozial verantwortlichen und nachhaltigen Tourismus unterstützen, da er das Wirtschaftswachstum und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in ländlichen und unterentwickelten Gebieten fördern kann.
- Das EFFAT-Sekretariat wird den Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit geben, bewährte Praktiken auszutauschen, wenn es darum geht, einen fairen Übergang zu klimafreundlichen Arbeitsplätzen in den Bereichen Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus zu gewährleisten.
- Politische Entwicklung und Arbeit werden von allen EFFAT-Leitungsgremien gelenkt, einschließlich Sektorversammlungen, Frauenausschuss, Jugendausschuss, TNC-Ausschuss und LGBTI-Arbeit.
- EFFAT und IUL müssen die Politik und das Arbeitsprogramm zum Klimawandel koordinieren, um für eine klimafreundliche Lebensmittelversorgungskette vom Hof bis auf den Teller zu kämpfen.

Eingereicht von:

3F, Dänemark  
Kommunal, Schweden  
NU HRCT





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



## **Antrag 8 – Jugendausschuss**

Die Mitglieder des Jugendausschusses legen einen Antrag vor, um EFFAT und die Mitgliedsorganisationen anzuspornen, ihre Bemühungen zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Erhöhung der Beteiligung junger Menschen in den Gewerkschaften weiter zu verstärken. Insbesondere spricht sich der Jugendausschuss dafür aus, das Instrument der Lehrstellen und deren Verfügbarkeit sektorenübergreifend in Europa zu stärken, um den Übergang von der beruflichen Aus- und Fortbildung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

### ***Begründung für den Antrag***

Angetrieben von seinem Engagement für die Förderung qualitativ hochwertiger Jugendbeschäftigung und entsprechender Arbeitsplätze wendet sich der EFFAT-Jugendausschuss an den 5. EFFAT-Kongress und unterbreitet den folgenden Antrag, in dem er anerkennt:

- Junge Arbeitnehmer/innen stehen vor besonderen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt, sind insbesondere anfällig für Arbeitslosigkeit, schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und mangelnden Sozialschutz;
- Bei jungen Menschen ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie atypische und prekäre Arbeitsbedingungen vorfinden, viel höher als bei älteren Menschen, was zu einer möglichen Verletzung der Arbeitsrechte führt;
- Wenige Ausbildungsmöglichkeiten wirken sich überproportional auf junge Arbeitnehmer/innen aus;
- Die Solidarität zwischen den Generationen am Arbeitsplatz kann erheblich zum Erwerb von Fähigkeiten beitragen, von denen sowohl jüngere als auch ältere Arbeitnehmer/innen profitieren;
- Die Jugendarbeitslosigkeit in einigen ost- und südeuropäischen Regionen hat viele junge Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen, um Arbeit zu finden, was zu einem Ungleichgewicht innerhalb der Europäischen Union führt;
- Junge Arbeitnehmer/innen sind in Gewerkschaften in ganz Europa und in den EFFAT-Sektoren unterrepräsentiert.

### ***Vorhandene Aktivitäten***

Der Jugendausschuss ist sich der bereits von EFFAT eingeleiteten Maßnahmen zur Stärkung der Lehrlingsausbildung in allen EFFAT-Bereichen bewusst, hält jedoch die korrekte Umsetzung der EFFAT-Ziele zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit für entscheidend. Insbesondere erkennt er den Wert vieler Initiativen auf der Ebene des sozialen Dialogs an, die darauf abzielen, die Arbeitslosigkeit in Europa zu verringern, einschließlich:

- Versprechen von EFFAT und HOTREC zur Förderung der Qualität und Attraktivität von Lehrstellenprogrammen als Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Sicherung qualifizierter Arbeitskräfte für den Sektor;
- Versprechen von EFFAT und FoodService Europe zur Steigerung des Wertes und der Attraktivität von Lehrlingsausbildungen, um den Berufseinstieg junger Arbeitnehmer in den Gastronomie-Arbeitsmarkt zu erleichtern;
- Versprechen von EFFAT und FoodDrink Europe mit Blick auf die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen im Sektor der Lebensmittel- und Getränkehersteller.

Auf der Ebene der Mitgliedsgewerkschaften erkennt der Jugendausschuss die Arbeit vieler EFFAT-Mitglieder an, die sich für die Einbeziehung der jüngeren Generationen einsetzen, einschließlich:

- Streben nach einer stärkeren Beteiligung junger Arbeitnehmer/innen in den Leitungsgremien durch Änderungen Satzung der Organisationen;





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



- Bekenntnis zum EFFAT-Jugendversprechen, das auf dem vierten EFFAT-Kongress in Wien 2014 als konkrete Maßnahme zur Förderung der Jugendbeschäftigung angenommen wurde.

Dennoch setzt sich der Jugendausschuss dafür ein, dass das Thema Jugendarbeitslosigkeit nicht übersehen, sondern im Rahmen der nächsten EFFAT-Mandatsperiode weiterhin ernsthaft berücksichtigt wird.

### **Forderungen**

Der Jugendausschuss ermutigt daher EFFAT dazu:

- Die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin als festen Tagesordnungspunkt der EFFAT-Tagungen und der Treffen zum sozialen Dialog zu betrachten;
- Das Thema Lehrlingsausbildung weiterhin ganz oben auf die politische Agenda der nächsten Mandatsperiode zu setzen, indem der Austausch bewährter Verfahren sowie die Weiterverfolgung und Berichterstattung über die laufenden und neuen Initiativen gefördert werden;
- Aktivitäten wie Workshops, Seminare und Schulungen zum Erfahrungsaustausch innerhalb des EFFAT-Netzwerks anzubieten;
- Junge Aktivist:innen in spezielle Programme einzuführen, die darauf ausgerichtet sind, junge Aktivist:innen zu befähigen und ihre Führungsqualitäten zu verbessern;
- Möglichkeiten für den Dialog und die Entwicklung von Politiken oder Empfehlungen zwischen den jungen EFFAT-Mitgliedern und Jugendorganisationen wie dem Europäischen Jugendforum, der AGE-Plattform, der Plattform für lebenslanges Lernen sowie dem EGB-Jugendausschuss zu schaffen, um Politiken zu entwickeln, Empfehlungen abzugeben und Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrlingen vorzuschlagen;
- Junge Menschen in alle anderen Aktivitäten der Gewerkschaften auf allen Ebenen einzubeziehen;
- Entwicklung eines Praktikumsprogramms für junge Gewerkschaftsaktivisten im Sekretariat, um junge Gewerkschaftsführer in Fragen der europäischen Gewerkschaftsarbeit auszubilden und zu schulen.

Der Jugendausschuss ermutigt die EFFAT-Mitgliedsorganisationen besonders dazu:

- Erfolgreiche EFFAT-Strategien und -Leitlinien in Gewerkschaften umzusetzen und Strategien für Jugendliche auf nationaler Ebene zu entwickeln;
- Beispiele für bewährte Praktiken bei der Arbeit mit jungen Menschen zu entwickeln und diese über das EFFAT-Netzwerk auszutauschen;
- Das auf dem EFFAT-Kongress in Wien angenommene Jugendversprechen weiterhin umzusetzen;
- Mehr junge Arbeitnehmer:innen zu ermutigen und sie für eine engagierte Rolle in der EFFAT-Jugendarbeit zu ernennen;
- Fachwissen, organisatorische und finanzielle Unterstützung für die Aktivitäten des EFFAT-Jugendausschusses zur Rekrutierung junger Arbeitnehmer:innen bereitzustellen;
- Sie zu ermutigen, sich aktiver an der Gewerkschaftsarbeit sowie an anderen Aktivitäten zu beteiligen, die in der neuen Geschäftsordnung und dem neuen Verfahren des Jugendausschusses vorgesehen sind;
- Die Kommunikationslücke zwischen Jugendlichen und Gewerkschaften durch die Entwicklung und Nutzung neuer Kommunikationskanäle zu schließen, die junge Menschen erreichen können;
- Die spezifischen Interessen und Probleme der Mitgliedschaft junger Arbeitnehmer:innen bei Verhandlungen zu berücksichtigen.







*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



### **Antrag 9 - Kommunal: Ein gleichwertiges Arbeitsleben!**

STELLT FEST, dass fast die Hälfte der Menschen in Europa zwar regelmäßig menstruiert, dies aber oft ein Tabubereich voller Vorurteile ist, über den wir weder sprechen noch Wissen verbreiten. Stigmatisierung und Unwissenheit führen dazu, dass alte Bräuche überleben und verhindern, dass Menschen ihre Menschenrechte in vollem Umfang wahrnehmen. Die Menstruation ist ein Grund, warum Frauen/Mädchen Teile ihrer Schulbildung verpassen, sie vorzeitig beenden und dadurch schlechtere Bedingungen im Arbeitsleben bekommen oder Einkommen verlieren, weil sie in dieser Zeit zu Hause bleiben müssen. Benötigt werden Arbeitsplätze und Schulen mit sanitären Einrichtungen und Räumen, in denen Hygiene gewährleistet werden kann.

EFFAT ist besorgt darüber, dass Teilzeitarbeit nicht nur zu niedrigeren Einkommen führt, sondern in vielen Fällen auch zu einem geringeren Ausgleich für Krankheit und Arbeitslosigkeit führen kann. All dies hat auch schädliche Auswirkungen auf die Renten von Frauen und erhöht das ohnehin schon höhere Risiko, dass Frauen arm werden. Deshalb muss Vollzeit auch in den von Frauen dominierten Sektoren die Regel sein.

EFFAT stellt fest, dass wir nach wie vor ein sehr ungleiches und geschlechtsspezifisches Arbeitsleben haben. Deshalb sollten wir uns dafür einsetzen, dass das Recht auf Vollzeitarbeit, einen angemessenen langen bezahlten Elternurlaub und Schwangerschaftsgeld zu einem EU-Recht wird. Eine gute Kinderbetreuung und gute Regelungen für den Elternurlaub für beide Elternteile tragen zu einem gerechteren Arbeitsleben bei.

Zu den bereits ehrgeizigen Zielen der Gleichstellungsarbeit der EFFAT können folgende Punkte hinzugefügt werden

- dass jeder in der Lage sein sollte, sich sein ganzes Leben lang selbst zu unterstützen,
- dass sowohl Männer als auch Frauen in der Lage sein sollten, Arbeitsplätze und Betreuungsaufgaben zu kombinieren,
- dass Frauen- und männerdominierte Sektoren gleiches Entgelt und gleiche Bedingungen haben müssen,
- dass Arbeitsplätze sichere und ohne geschlechtsspezifische Bedrohungen, Gewalt, Sexismus oder Belästigung sein müssen,
- dass die gleiche Macht im Arbeitsleben und in der Gewerkschaft besteht, und
- dass für Arbeitsplätze und Schulumgebungen gesorgt werden muss, in denen Frauen/Mädchen Zugang zu Toiletten und Sanitärräumen haben, in denen sie sich auch während der Zeit ihrer Menstruation sicher fühlen können.





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



### **Antrag 10-EFFAT-Budgets 2020-2021**

Die neuen EFFAT-Satzungen, die auf dem 5. Effat-Kongress am 6. und 7. November 2019 in Zagreb verabschiedet wurden, besagen in Artikel 11, k: Eine der Aufgaben des Kongresses ist es, "über die Mitgliedsbeiträge zu entscheiden".

Der Exekutivausschuss ersuchte das Sekretariat in seiner Sitzung vom 5. und 6. Juni 2019, die Verfügbarkeit zusätzlicher Finanzmittel für das Effat-Budget zu prüfen.

Da diese Prüfung noch nicht abgeschlossen ist und mehr Zeit benötigt, trifft der Kongress die folgende Entscheidung:

1. Der Kongress beschließt eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um 0,02 € und 0,01 € (für die Mitgliedsorganisationen in MOE/SOE außer der Türkei) für die Jahre 2020 und 2021 und verabschiedet die vorgeschlagenen Budgets für 2020 und 2021.
2. Der Kongress ersucht den Exekutivausschuss, weiterhin nach zusätzlichen Finanzmitteln für das Effat-Budget zu suchen.
3. Der Kongress beauftragt den Exekutivausschuss, über die Mitgliedsbeiträge für die Jahre 2022 bis 2024 zu entscheiden.





A Recipe for a stronger

EFFAT

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



## Antrag 11 - EFFAT AGRASEKTOR

### FAIRE ARBEIT DURCH EINE BESSERE EUROPÄISCHE AGRARPOLITIK (GAP)

In der europäischen Landwirtschaft arbeiten neben vielen Landbesitzern und deren Familienangehörigen auch über 10 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie sind abhängig in den Betrieben beschäftigt. Sie setzen sich ein für den Schutz von Boden, Wasser und Klima durch eine nachhaltige Tier- und Pflanzenerzeugung und Waldbewirtschaftung, die Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen und erneuerbaren Energien, die Stärkung der ländlichen Räume und den Erhalt der sozialen Beziehungen in den Dörfern.

Auch für sie wurde die Europäische Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) geschaffen, um „die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern“ und „auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung insbesondere durch Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten“ (Art. 33 des Gründungsvertrages der Europäischen Gemeinschaft).

Doch bei der sozialen Situation der Arbeitnehmer hat die GAP weitgehend versagt. Heute arbeiten etwa 4 Millionen landwirtschaftliche Arbeitnehmer als Wanderarbeiter, Saisonarbeiter, Erntehelfer oder Tagelöhner unter Bedingungen, die geprägt sind von illegaler Beschäftigung, Ausbeutung und Ausnutzung der prekären Lage der Landarbeiter.

### DIE EUROPÄISCHE AGRARPOLITIK MUSS IHRE VERSPRECHEN UMSETZEN

Deshalb fordern Gewerkschaften eine soziale Agrarpolitik, die europäische Subventionen an Bauern mit der Einhaltung sozialer, gesetzlicher und tariflicher Mindeststandards verbindet. Es soll nicht länger möglich sein, dass mit dem Geld der europäischen Steuerzahler Gesetzesverstöße, Sozialdumping und Menschenhandel gefördert werden.

EFFAT sieht eine Priorität vor allem diesen drei Mindeststandards:

- ü Nachweis der legalen Beschäftigung
- ü Anwendung der Europäischen Regeln zum Arbeitsschutz und
- ü Obligatorischer Zugang der Arbeitnehmer zu Ausbildung und Weiterbildung (2. Säule)

Durch diese drei Standards wird ein Beitrag für faire Arbeit geschaffen.

Für diese Standards gibt es europäische Rechtsgrundlagen:

- Ø So wird die legale Beschäftigung durch die Anwendung der Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union (EU 2019/1152) einfach und unbürokratisch nachgewiesen,
- Ø die Anwendung der Europäischen Regeln zum Arbeitsschutz (89/391 EWG) wird durch die Anwendung der Gefährdungsbeurteilung in den Betrieben nachgewiesen,
- Ø und der obligatorische Zugang zu Bildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer in der Landwirtschaft kann den Mitgliedstaaten in der aktuellen Reform der GAP über die Vorschriften in der 2. Säule auferlegt werden.





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



Immer weniger Arbeitnehmer in den ländlichen Räumen finden vor Ort und in der Nähe ihrer Familien und sozialen Beziehungen Arbeit und Einkommen in der Landwirtschaft. Dies ist eine direkte Folge des Sozialdumpings im Sektor. Immer mehr Arbeitnehmer wandern durch viele Länder auf der Suche nach neuen Einkommen für sich und ihre Familien. Die verbliebenen landwirtschaftlichen Betriebe verlieren so immer mehr den sozialen Zusammenhalt mit der lokalen Bevölkerung. Die negativen Auswirkungen dieser Migrationen in den ländlichen Räumen überwiegen die Vorteile, die durch die Überweisungen der Arbeitnehmer aus der Ferne erfolgen.

## GUTES BEISPIEL

Die „**RICHTLINIE ÜBER TRANSPARENTE UND VORHERSEHBARE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION**“ (EU 2019/1152) vom 20. Juni 2019 kann einfach und ohne bürokratischen Aufwand in den Betrieben angewendet werden, um legal zu beschäftigen und illegale Beschäftigung zu legalisieren.

- ü **EFFAT FORDERT DEN EUROPÄISCHEN ARBEITGEBERVERBAND DER LANDWIRTSCHAFT (GEOPA-COPA) AUF**, mit EFFAT ein Formular für die Umsetzung dieser Richtlinie zu erarbeiten und den Mitgliedstaaten vorzulegen, welches ohne unverhältnismäßigen bürokratischen Aufwand in den betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben angewendet werden kann.
- ü **EFFAT FORDERT DIE EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN AUF**, diese Arbeiten zu unterstützen und damit einen wichtigen Schritt zur Schaffung guter Arbeit in der Landwirtschaft möglich zu machen.

EFFAT – der Europäische Verband der Landwirtschafts-, Lebensmittel- und Tourismusgewerkschaften – fordert von den neuen Europäischen Institutionen eine Sozialbindung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen. Nur wer als Arbeitgeber legal beschäftigt und die geltenden Rechtsvorschriften einhält, soll in vollem Umfang von den Direktzahlungen profitieren. So wird gute Arbeit gefördert.







*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



## **Antrag 12 - NGG: Der Mensch vor dem Profit: Bekämpfung der Kapitalgier und der Maximierung des Aktionärswertes in den EFFAT-Sektoren**

---

In den letzten 20 Jahren wurden die EFFAT-Mitgliedsorganisationen mit der wachsenden Macht von raubtierähnlichen Investoren konfrontiert, darunter Geschäfts- und Investmentbanken, Versicherungsgesellschaften, Hedgefonds und Private-Equity-Fonds.

Finanzinvestoren diktieren die Strategie der Unternehmen mit einer kurzfristigen Perspektive und Kostendruck, um den Cashflow für ihre Aktionäre zu maximieren. Die Finanzmärkte belohnen heute Unternehmen direkt für die Reduzierung der Lohnsumme durch Schließungen, Umstrukturierungen und Auslagerungen. Vor diesem Hintergrund zahlen die Arbeitskräfte einen sehr hohen Preis in Form von Stellenabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und endlosen Forderungen nach Flexibilität. Gewerkschaftsrechte und Tarifverhandlungen geraten zunehmend unter Beschuss.

Die Corporate Governance der in den EFFAT-Sektoren tätigen Unternehmen ist zunehmend so strukturiert, dass die Interessen der Unternehmensleitung und der Aktionäre aufeinander abgestimmt sind, vor allem durch Aktienoptionen oder andere Vergütungsstrukturen, mit denen das Entgelt der Führungskräfte an die Interessen der Aktionäre gekoppelt wird. In einem solchen System wird der Druck auf die Arbeit noch unhaltbarer.

Die Konzentration auf kurzfristige Finanzgewinne und die Angst vor Übernahmen spornen Unternehmen zu einer Geschäftsstrategie der Fusionen und der Expansion an. Dies hat einen Teufelskreis aus immer mehr Integration, Konzentration und Großproduktion, Verarbeitung, Handel und Einzelhandel mit sich gebracht. Infolgedessen kommen missbräuchliche und unlautere Handelspraktiken häufiger vor und erschweren es Kleinbauern, Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte zu finden. Landarbeiter, die am Ende der Kette stehen, sind diejenigen, die den höchsten Preis zahlen. Gangmaster-Praktiken sind auch eine Folge dieser Diskrepanzen.

Eine weitere Folge ist die fortschreitende Entkopplung des etablierten Verhältnisses zwischen Lohn und Produktivität. In Europa steigt die Produktivität weiter an, aber die Löhne halten nicht mehr mit den Gewinnen und der Produktivität Schritt. Die Erosion und der Zerfall dieses Zusammenhangs, das Fehlen einer europäischen industriellen Lebensmittelpolitik sowie der Rückgang der Tarifabdeckung haben zu einer Zunahme der Ungleichheiten und zu Erwerbsarmut in den EFFAT-Sektoren geführt.

Die ArbeitnehmerInnen in allen EFFAT-Bereichen verdienen eine Gehaltserhöhung, um den langfristigen Rückgang der Lohnquote zu stoppen. Die Top-Priorität der EFFAT in den kommenden Jahren besteht darin, Tarifverhandlungen auf nationaler und sektorieller Ebene zu stärken. Starke Tarifverhandlungsstrukturen gewährleisten Arbeitnehmerrechte, faire Löhne, den Abbau von Ungleichheiten und die Ankurbelung der Wirtschaft. Es ist inakzeptabel, dass Profite und Produktivitätsgewinne nicht an die ArbeitnehmerInnen weitergegeben werden, die sie erwirtschaftet haben. Ein solider sozialer Dialog und effektive Tarifverhandlungen, insbesondere auf Branchenebene, sind wesentliche Instrumente, um die Macht der Aktionäre zu begrenzen und eine kurzfristige Gewinnmaximierung zu beenden, die unseren Mitgliedern schadet.

Die Finanzialisierung ist kein spontaner, anonymer Prozess, der sich aus dem technologischen Wandel ergibt. Sie ist eine direkte Folge des Neoliberalismus und aus sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Sicht nicht tragfähig.





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



Um den negativen Folgen der kurzfristigen Gewinnmaximierung entgegenzuwirken, beschließt der EFFAT-Kongress die folgenden Maßnahmen, die in der nächsten Kongressperiode umgesetzt werden sollen:

- Der EFFAT-Exekutivausschuss wird sich mit den Auswirkungen der Präsenz von Finanzinvestoren in unserem Sektor befassen und diese bewerten. In diesem Zusammenhang wird der Exekutivausschuss mit Unterstützung externer Experten den Bedarf für ein spezifisches Projekt bewerten. Die neu eingerichtete EFFAT-Arbeitsgruppe für TNCs wird für die Weiterverfolgung dieser Maßnahmen zuständig sein.
- EBR-Vorsitzende börsennotierter transnationaler Unternehmen werden gebeten, eine gemeinsame Erklärung gegen kurzfristige Gewinnmaximierung und gegen Vergütungsstrukturen zu unterzeichnen, die das Entgelt der Führungskräfte mit den Interessen der Aktionäre verbinden.
- Der EFFAT-Exekutivausschuss wird die Entwicklung von Presseaktionen prüfen, die von unserer TNC-Arbeitsgruppe gefördert werden.
- Der EFFAT-Verhaltenskodex für Arbeitskämpfmaßnahmen wird erneut diskutiert und aktualisiert.
- EFFAT wird jede Gelegenheit nutzen, um die sektoralen Tarifverhandlungen zu verstärken.
- Die Zusammenarbeit bei Tarifverhandlungen und die gegenseitige Unterstützung in transnationalen Unternehmen werden weiter gestärkt.
- Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des Einzelhandels wird verstärkt.
- Der EFFAT-Exekutivausschuss wird sich für eine gerechte Umsetzung der neu angenommenen Richtlinie über unlautere Handelspraktiken einsetzen und weitere Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene fordern, um ihre Mängel zu minimieren.
- EFFAT wird seine Kampagnen für ein faires Steuersystem in Europa fortsetzen, einschließlich der Einführung einer Finanztransaktionssteuer, der öffentlichen Berichterstattung nach Ländern und der Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage.





*A Recipe for a stronger*

**EFFAT**

5<sup>th</sup> Congress Zagreb 6-7 November 2019



### **Antrag 13: DEMOKRATISCHE ZUKUNFT VON HONG KONG KONG**

---

IN ANERKENNUNG des intensiven und mutigen Kampfes, den das Volk von Hongkong in den letzten fünf Monaten aus Protest gegen das Auslieferungsgesetz und die Brutalitäten der Polizei geführt hat, und unter Beweis gestellt, dass sie entschlossen sind, die Freiheit zu verteidigen und für eine echte Demokratie zu kämpfen;

VERURTEILT die Regierung von Hongkong, dass sie jede eskalierende Polizeibrutalität gegen Demonstranten, Journalisten, Ersthelfer, Sozialarbeiter und Umstehende entfesselt hat, darunter 6.000 Runden Tränengas, Schüsse mit Kugeln, die dauerhafte Verletzungen verursachen, und zu Verhaftungen von mehr als 2.400 Menschen, von denen ein Drittel Studenten sind;

VERURTEILT die Regierung Hongkongs, dass sie sich auf die Notfallverordnung berufen hat, die es ihr ermöglicht, das Anti-Masken-Gesetz mit sofortiger Wirkung am 5. Oktober 2019 ohne Prüfung durch den Legislativrat umzusetzen, der einen sehr schlechten Präzedenzfall für Hongkong bei der Anwendung der veralteten Notfallverordnung geschaffen hat;

VERURTEILT die Regierung Hongkongs, dass sie die Kandidatur von Herrn Josha Wong für die bevorstehende Wahl des Distriktvorstands wegen seiner politischen Position disqualifiziert hat;

UNTERSTÜTZT die Forderung der Protestbewegung nach der Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung polizeilicher Gewalt;

FORDERT die chinesische Regierung AUF, ihrem Versprechen aus dem Grundgesetz von Hongkong nachzukommen und die Verfassungsreformen in Hongkong wieder aufzunehmen, damit es ein faires politisches System gibt, um interne Konflikte innerhalb der Gesellschaft durch ein demokratisches System anzugehen; und

UNTERSTÜTZT die Forderungen des Gewerkschaftsbundes von Hongkong und seiner Verbündeten in der Demokratiebewegung für die Umsetzung des allgemeinen Wahlrechts sowohl bei den Wahlen zum Vorstandsvorsitzenden von Hongkong als auch bei den Wahlen zum Legislativrat.

